



NABU-Bundesgeschäftsstelle · Charitéstraße 3 · 10117 Berlin

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
Herr Bundesminister Cem Özdemir
11055 Berlin

Bundesgeschäftsstelle

Jörg-Andreas Krüger
Präsident

Tel. +49 (0)30.28 49 84-11 33
Fax +49 (0)30.28 49 84-31 00
nabu-praesident@nabu.de

Kürzung der GAK-Mittel und Auflösung des Sonderrahmenplans „Ökolandbau und Biologische Vielfalt“ bedrohen Finanzierung des Naturschutzes und Ausbau des Ökolandbaus massiv

Berlin, 19.09.2023

Sehr geehrter Herr Bundesminister Özdemir,

mit großer Enttäuschung stellen wir fest, dass bei den Beratungen zur Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) die angekündigten Kürzungen aus der Kabinettsvorlage nicht abgewendet wurden – trotz des Widerstandes der Länder und eindringlicher Kritik der Umwelt- und Landwirtschaftsverbände. Das Kalkül, finanzielle Mittel zu Lasten des Naturschutzes einzusparen, um ebenfalls wichtige Maßnahmen im Küsten- und Hochwasserschutz zu finanzieren, verlagert die Probleme der Natur- und Klimakrise, anstatt sie zu lösen. Zugleich widerspricht das Vorhaben dem Koalitionsvertrag, der vorsieht, die Mittel der GAK anwachsen zu lassen und insbesondere den Vertragsnaturschutz stärker zu finanzieren.

Indes wird die Finanzierung des Naturschutzes in der Agrarlandschaft durch die geplanten Haushaltskürzungen massiv gefährdet. Mehr noch: Es droht der Zusammenbruch des praktischen Naturschutzes im ländlichen Raum, da etablierte Naturschutzprojekte in mehreren Bundesländern nicht mehr finanzierbar wären. Etwa das „Alte Forsthaus“ in Kolkwitz bei Cottbus, das seine wichtige Arbeit in der Naturschutzbildung und der Pflege von seltenen Offenlandbiotopen ohne die finanziellen Mittel nicht mehr erfüllen kann. Auch die langjährige Landschaftspflege auf dem 160 Hektar großen Naturschutzgebiet „Lange-Damm-Wiesen und Unteres Annatal“ bei Strausberg – einem der wichtigsten Quellmoorgebiete Brandenburgs – wäre nicht mehr umsetzbar. Und auf der „Döberitzer Heide“ und dem „Ferbitzer Bruch“ – einem der wertvollsten Offenlandmosaik Brandenburgs – könnte das komplexe Landschaftspflegekonzept mit Beweidung sowie händischer Pflege und Mahd nach mehr als 30 Jahren nicht länger umgesetzt werden. Es würde nicht nur wenige Hektar betreffen, sondern viele Projekte in den wertvollsten Offenlandlandebensräumen sind massiv gefährdet. Auch in anderen Bundesländern gibt es zahlreiche Beispiele, die verdeutlichen, dass durch die Kürzung bundesweit bedeutende Naturschutzprojekte auf dem Spiel stehen.

Wir lehnen nachdrücklich die vorgesehene Streichung des Sonderrahmenplans „Ökologischer Landbau und biologische Vielfalt“ ab. Ohne ihn ist der weitere

NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V.

Charitéstraße 3
10117 Berlin
Telefon +49 (0)30.28 49 84-0
Fax +49 (0)30.28 49 84-20 00
NABU@NABU.de
www.NABU.de

Geschäftskonto

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE06 3702 0500 0008 0518 00
BIC BFSWDE33XXX
USt-IdNr. DE 155765809

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE65 3702 0500 0008 0518 05
BIC BFSWDE33XXX

Der NABU ist ein staatlich anerkannter Naturschutzverband (nach § 63 BNatSchG) und Partner von Birdlife International. Spenden und Beiträge sind steuerlich absetzbar. Erbschaften und Vermächnisse an den NABU sind steuerbefreit.

Ausbau der ökologischen Landwirtschaft gefährdet, den Sie im Koalitionsvertrag festgeschrieben und zu einem der zentralen Ziele dieser Legislatur erklärt haben.

Nicht zuletzt sollen auch die im Insektenschutzpaket geplanten Ausgleichszahlungen für Maßnahmen der Pflanzenschutzanwendungsverordnung und des Bundesnaturschutzgesetzes zum Insektenschutz den Betrieben, die in Schutzgebieten wirtschaften, gestrichen werden. Dies könnte zu einem massiven Vertrauensverlust bei Landwirt*innen und Naturschützer*innen gleichermaßen führen.

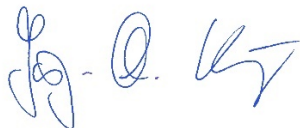
Die Streichung des Sonderrahmenplans (293 Millionen) und die Kürzungen der GAK insgesamt (460 Millionen) sind ein herber Rückschlag für den Schutz und Erhalt unserer Ökosysteme. Notwendige Investitionen im Naturschutz würden verzögert oder ausgesetzt.

Wir vertrauen darauf, dass Sie unsere Kritik, wie auch die vieler anderer Verbände und der Länder ernst nehmen und sich auf der bevorstehenden Agrarminister*innenkonferenz in Kiel gegen die geplanten Kürzungen einsetzen sowie mögliche alternative Lösungen entwickeln.

So schlagen wir vor zu prüfen, ob sich die bisher aus der GAK finanzierten Maßnahmen des Küstenschutzes in Folge des Klimawandels (120 Millionen Euro) und des präventiven Hochwasserschutzes auch über den Klima- und Transformationsfonds (KTF) finanzieren ließe – als eigener Haushaltsposten, unabhängig von den Förderprogrammen im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK). Dadurch würden ausreichend Mittel im Sonderrahmenplans „Ökolandbau und Biologische Vielfalt“ (175 Millionen) zur Verfügung stehen.

Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass die dringend notwendigen Maßnahmen zum Schutz und Erhalt unserer Ökosysteme für Landwirt*innen und Naturschützer*innen auch weiterhin finanzierbar bleiben!

Mit freundlichen Grüßen



Jörg-Andreas Krüger
NABU-Präsident

Anlage: Beispiel des durch die Kürzungen in seiner Existenz bedrohten Natur- und Umweltzentrums „Altes Forsthaus Kolkwitz“ in Brandenburg